



SEBASTIANCASTANEDA / REUTERS

Staatsmacht gegen Freiheit

Auch in Südamerika verschärft sich die Lage rund um die Pandemie des Coronavirus. Die Regierung Perus hat den Notstand ausgerufen, und Soldaten blockieren den Zugang zu grösseren Strassen. Touristen, die noch im Land sind, werden in ihren Hotels festgesetzt und dürfen diese nicht einmal mehr verlassen, um in einem Laden Lebensmittel einzukaufen. (Lima, 6. März 2020)

Solidarität gehört zur Natur des Menschen

Die derzeitigen Einschränkungen sollten wir nicht als Bedrohung unserer Freiheit begreifen. Sie sind ein Akt menschlicher Solidarität, **schreibt Nina Streeck**

Viele Menschen wollen helfen. Auf Zetteln in Treppenhäusern bieten manche ihren Nachbarn an, für sie einzukaufen. Im Web entstehen Plattformen, die Hilfwillige und Hilfesuchende miteinander verbinden. Und am Freitag klatschten Leute auf ihren Balkonen Beifall, um Pflegenden und Ärzten für ihren unentbehrlichen Einsatz zu danken.

Dergleichen Aktionen gibt es viele. Wer sich engagiert, möchte seine Mitmenschen davor bewahren, an Covid-19 zu erkranken oder in Einsamkeit zu versinken. Das Coronavirus scheint unsere schönsten Eigenschaften hervorzukehren: Wir greifen einander unter die Arme, setzen uns füreinander ein, in ungekanntem Ausmass. Dazu gehört auch, die ersehnten Ferien abzusagen, in den eigenen vier Wänden statt im Büro zu arbeiten oder seinem Gegenüber nicht die Hand zu schütteln; all das sind Massnahmen, die die Übertragung des Virus stoppen sollen.

Ein Wort ist in aller Munde: Solidarität. «Es braucht Solidarität», sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Bundesrat Alain Berset nannte Solidarität einen «fundamentalen Wert unseres Landes». Und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in ihrer Fernsehansprache, seit dem Zweiten Weltkrieg sei es nicht mehr so sehr «auf unser gemeinsames solidarisches Handeln» angekommen wie jetzt.

Der Begriff erlebt eine Renaissance. In Dokumenten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dagegen, die ethische Aspekte derartiger Massnahmen während einer Pandemie abhandeln, findet sich darüber kaum ein Wort. Ähnlich sieht es aus, wenn Ethiker sich damit befassen, wann es moralisch statthaft ist, Schulen zu schliessen oder die Grösse von Veranstaltungen zu begrenzen: kaum ist die Rede von Solidarität.

Solidarität ist ein schillernder Begriff. Fühlen wir uns anderen Menschen gegenüber solidarisch? Handelt es sich um ein Verhalten, das in Gruppen ganz natürlich vorkommt? Oder erfüllen wir nüchtern unsere moralische Pflicht? Handelt es sich um ein Ideal, also um ein wertgeladenes Konzept?

In jedem Fall genießt Solidarität ein hohes Ansehen; wir loben es, wenn sich jemand

solidarisch verhält, gerade derzeit. Und das, obwohl unsere Moral primär individualistische Werte wie Autonomie, Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit prägen, die sich dem Ideal, füreinander einzustehen, zu widersetzen scheinen.

Der Appell an Solidarität gleicht aus dieser Warte einem Anschlag auf unsere Freiheit: Man soll sich einschränken, auf liebgewonnene Freiheiten verzichten, zugunsten von anderen, Fremden gar. Das Individuum muss seinen Mitmenschen etwas abtreten, das eigentlich ihm zusteht. Solidarität und Zwang präsentieren sich dann als Nachbarn, ja Verwandte.

Trotz anderslautenden bundesrätlichen Empfehlungen genossen vergangenes Wochenende zahlreiche Menschen Seit' an Seit' die ersten warmen Sonnenstrahlen am Ufer des Zürichsees - heute würden sie dafür gebüsst. Wer die Klopapierregale in den Supermärkten leer kauft, erntet Spott, doch hamstert jemand Aspirin, schlägt ihm Empörung entgegen - und inzwischen bekommt er nur noch eine Packung pro Einkauf. Wenn der Aufruf zur Solidarität nicht fruchtet, müssen offenkundig Verbote her. Eines der neusten: Mehr als fünf Personen dürfen sich nicht an einem Ort versammeln. Das Wort Ausgangssperre steht im Raum.

Dem entsprechen die Zeilen im Influenza-Pandemieplan der Schweiz: Die Behörden sollen «einerseits darauf hinwirken, dass die Solidarität zwischen Einzelnen und Gruppen bestehen bleibt». Andererseits sei «die Einschränkung der Freiheit des Einzelnen nur dann gerechtfertigt, wenn andere, die Freiheit nicht tangierende Massnahmen nicht zu denselben Ergebnissen führen.» Deswegen sei «auf die Balance zu achten zwischen dem Gebot, die Solidarität zu stärken, und der Forderung, die Autonomie zu respektieren». Im Pandemieplan offenbart sich solidarisches Handeln mithin als eine Beschneidung von Freiheitsrechten. Solidarität erscheint unter dem Zeichen des Restriktiven, tritt zutage als ein verkappter Zwang.

Die Spannung zwischen Solidarität und Selbstbestimmung bedarf somit einer Abwägung: Lässt sich dem Einzelnen zumuten, auf seine Mitmenschen noch mehr Rücksicht zu nehmen, also etwa vom Joggen in Klein-

gruppen abzusehen? Oder gilt es, seinen persönlichen Ideen vom Glück den Vorrang zu geben und ihn so oft im Büro arbeiten zu lassen, wie er wünscht?

So verstanden fügt sich der Pandemieplan in gängige Begründungsstrategien für Massnahmen bei Pandemien, wie sie sich bei der WHO oder in der Public-Health-Ethik finden. Ob man etwa Schulen schliesst oder Veranstaltungen absagt, stellt sich als Problem der Abwägung dar zwischen individuellen Freiheiten, dem erwarteten Nutzen der Intervention und dem Schaden, der sich durch die Massnahme vermutlich abwenden lässt. Eine höchst komplizierte Angelegenheit, denn die Folgen - positiv wie negativ - lassen sich kaum abschätzen.

Niemand weiss genau, wie es sich auswirkt, wenn wir uns zu Hause einschliessen. Zwar veröffentlichte eine Londoner Forschungsgruppe in dieser Woche eine Modellstudie, die radikale Massnahmen des Social Distancing als notwendig ausweist, doch bleiben die Berechnungen mit Unsicherheiten behaftet. Daneben spielen viele weitere Faktoren eine Rolle: Wie steht es um die psychische Gesundheit, wenn wir uns über lange Zeit isolieren? Welche wirtschaftlichen Folgen drohen? Verschärfen sich soziale Ungleichheiten? Wie viele Menschen sterben, sollten wir auf die Einschränkungen verzichten? Können wir eines Tages zur Normalität zurückkehren, oder setzen wir liberale Errungenschaften leichtfertig aufs Spiel?

Ohne Antworten auf diese Fragen fällt es schwer, Interventionen zu rechtfertigen - ihnen haftet der Ruch des Spekulativen an. Dass sich die Stimmen mehren, die sich um Demokratie und Rechtsstaat sorgen, seit das böse Wort von der Ausgangssperre im Raum steht, erstaunt nicht, solange im Vagen bleibt, was die Massnahmen erbringen. Der Eingriff in die Freiheitsrechte lässt sich nicht kleinsprechen, selbst wenn man ihn nur unter gewissen Vorbehalten vornimmt, etwa dass kein weniger einschneidender Ansatz wirkt, dass ohne die Massnahme beträchtlicher Schaden entstünde und dass stets eine offene und ehrliche Kommunikation erfolgt.

In diesen Erwägungen erweist sich der Gedanke der Solidarität als verzichtbar. Die



Das Virus scheint unsere schönsten Eigenschaften hervorzukehren: Wir greifen einander unter die Arme, setzen uns füreinander ein, in ungekanntem Ausmass.

Entscheidung, was zu tun und was zu unterlassen ist, läuft auf ein Ausbalancieren verschiedener Faktoren unter Unsicherheit hinaus. Niemand sähe sich somit zu solidarischem Verhalten aufgefordert - entweder bestimmte das Individuum in seiner grenzenlosen Autonomie über sein Leben oder aber es unterwürfe sich den Restriktionen.

Vor allem in der moralphilosophischen Diskussion im angelsächsischen Raum fehlt deswegen weitgehend der Verweis auf Solidarität. Beruhend auf einem Bild des Menschen, der selbstbezogen lebt und den es Mühe kostet, jemandem zur Seite zu stehen. Für ihn zählt nur seine Autonomie. Im Pandemieplan der Schweiz schimmert ein solches Menschenbild durch, obschon auch von Solidarität die Rede ist - allerdings als Gegenbegriff zur Autonomie.

Lässt sich Solidarität aber sinnvoll so verstehen? Oder bringt der Begriff nicht eher eine wesentliche Verbundenheit miteinander zum Ausdruck, eine soziale Natur des Menschen? Uns so zu verstehen, schlägt der kanadische Philosoph Charles Taylor vor: Wir werden, wer wird sind, überhaupt nur durch unsere Mitmenschen. Durch und durch prägt es unser Leben, in Beziehungen zu stehen, weshalb wir uns selbst missverstünden, fassten wir uns als isolierte, autonome Individuen auf, die erst in einem ausdrücklichen Akt Kontakt zu ihrer Umwelt aufnehmen.

Deswegen motiviert uns die Bezogenheit auf andere dazu, uns solidarisch zu verhalten, ein Gefühl von Zusammengehörigkeit, etwa wie derzeit angesichts einer Bedrohung oder im Kampf für ein gemeinsames Ziel. Dabei treibt den, der solidarisch handelt, durchaus auch Eigeninteresse, weniger mit Blick auf ein kurzfristiges Ergebnis als vielmehr mit der langfristigen Perspektive, eines Tages selbst Unterstützung zu erfahren. Doch geht Solidarität darin nicht auf, sondern es bedarf ihrer, um geteilte statt individuelle Ziele zu erreichen. Selbstverständlich stellt sich solidarisches Handeln freilich nicht ein, davon zeugen Corona-Partys und Hamsterkäufe. Wird sie als Einschränkung von Freiheit individualistisch gedeutet, wirkt Solidarität allerdings auch nicht wie ein erstrebenswertes Ideal.